

Forschungs- und Archivberichte

Egbert Jahn (Mannheim)

Das Scheitern der sozialistischen Systemreformation und des konstitutionellen Kommunismus. Ein Forschungsbericht über "Perestrojka" und "Neues Denken" in der Sowjetunion*

"Perestrojka" (Umbau, Umgestaltung, Rekonstruktion) war weit mehr als ein aus dem Russischen rasch in viele Sprachen übernommenes Modewort und ein propagandistisches Etikett für die Politik eines Mannes, des Michail S. Gorbachev, der vom März 1985 bis zum Dezember 1991 die Geschicke der Weltmacht Sowjetunion leitete¹. Das Schlagwort "Perestrojka" bezog sich anfangs auf den Bewußtseinswandel der Bürger, dann auf die Wirtschafts- und schließlich auf die gesamte Innenpolitik. Es fand rasche Verbreitung und signalisierte in Verbindung mit seinem Zwillingsbruder "Neues Denken" (novoe myšlenie)² für die Außenpolitik etwa seit dem Januar 1987³ den weltweiten Eindruck, daß es um mehr ging bzw. um mehr gehen könnte als um eine bloße neue Reform des sowjetischen Kommunismus im Anschluß an eine lange Reihe früherer Reformen und Reformversuche. Perestrojka wurde schließlich zum Markenzeichen einer tiefgreifenden Erneuerung und zugleich Veränderung des gesamten sozialistischen Systems⁴ und seiner Stellung in den internationalen Beziehungen. Die Frage, worin das "mehr als eine Reform"⁵ bestand, was

* Bücher, die der Redaktion als Rezensionsexemplare zur Verfügung gestellt wurden, werden bei der ersten Nennung durch Fettdruck hervorgehoben sowie mit Verlagsangabe und Seitenumfang zitiert.

- 1 Vom 11.3.1985 bis zum 24.8.1991 war Michail S. Gorbachev Generalsekretär des ZK der KPdSU und vom 1.10.1988 bis 25.12.1991 Staatsoberhaupt mit verfassungsrechtlich und faktisch wechselnden Kompetenzen.
- 2 Offenbar weil "perestrojka" lautlich leichter in die meisten Sprachen übernehmbar war, wurde es nicht übersetzt, während "novoe myšlenie" in die jeweilige Landessprache übertragen wurde. Anfangs wurde die "perestrojka" der Wirtschaft noch neben "glasnost" (beschränkte Öffentlichkeit von Informationen und Meinungen) und die "democratizacija" des politischen Systems gestellt. In M. S. Gorbachevs Buch von 1987 "Perestrojka i novoe myšlenie" (deutsche Ausgabe: Perestrojka. Die zweite russische Revolution, München 1987) ist das Kapitel über die Innenpolitik mit "perestrojka" überschrieben, das über die Außen- und Weltpolitik mit "novoe myšlenie i mir" (Das Neue Denken und die Welt). Schließlich wurde vor allem im Westen "Perestrojka" zum Markenzeichen der gesamten Innen- wie der Außenpolitik unter M. S. Gorbachev.
- 3 Den Durchbruch rief die Rede M. S. Gorbachevs auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 27.1.1987 hervor, siehe Sowjetunion heute (Beilage) 2/1987.
- 4 Einer eigenen Untersuchung ist die Frage wert, in welcher Weise die sowjetische innere Perestrojka und die Veränderung der sowjetischen Außen- und Weltpolitik mit den inneren Veränderungen (sei es im Namen der Perestrojka oder unter anderem Namen) in den anderen sozialistischen Ländern korrespondierten. Zu Teilaspekten siehe bereits Hausleitner, Mariana: **Die sowjetische Osteuropapolitik in den Jahren der Perestrojka. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1994, 309 S.**; vgl. auch Größ, Alexandra: **Wandel der sowjetischen Osteuropa-Politik in der Ära Gorbatschow. Verlag Peter Lang, Frankfurt/Berlin/Bern 1992, 239 S.** Bingen, Dieter u.a.: **Die revolutionäre Umwälzung in Mittel- und Osteuropa, Berlin 1993.**
- 5 Hier ist ein westlicher Reformbegriff impliziert, der auf punktuelle oder partielle Veränderungen eines Systems unter Beibehaltung seiner tragenden Elemente abhebt. Im marxistisch-leninistischen Sprachgebrauch sollte eine

also das Wesentliche und die Kernelemente der Perestrojka waren, steht im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrages. Mit der Perestrojka-Ära soll deshalb in der Folge der Zeitabschnitt bezeichnet werden, in der sich der gesamte Komplex der Innen- und Außenpolitik in der Sowjetunion und im sowjetischen Bündnis-system veränderte, und zwar im spezifischen Sinne einer sozialistischen Systemreformation. Nicht einbezogen in den Perestrojka-Begriff sind damit die erheblichen Änderungen in der Gesellschaft und vor allem in der Außenpolitik der Länder der Ersten und Dritten Welt als Folge und in Begleitung des sowjetischen Umgestaltungsprozesses. Dabei sollen sowohl erste Forschungsergebnisse, als auch differenzierte Fragestellungen für die zukünftige Forschung herausgearbeitet werden.

Im Unterschied zum mittlerweile gängigen Perestrojka-Begriff, der meist auf die gesamte Politik und Amtszeit Gorbatschows von 1985-1991 angewandt wird,⁶ wird hier ein analytisch schärferer und strengerer Perestrojka-Begriff herausgearbeitet, der sowohl die erste Phase der Amtszeit Gorbatschows, in der lediglich traditionelle Formen der Systemreorganisation und -reform stattfanden, als auch die letzte Phase seines Wirkens ausschließt, in der bereits die sozialistische Staatsverwaltungswirtschaft und das kommunistische Herrschaftsmonopol aufgegeben worden waren.

Die kurze Phase eines in Ansätzen qualitativ umgestalteten Sozialismus mit hochfliegenden Plänen und bloßen, nebulösen Visionen von einer tiefgreifenden Erneuerung und dauerhaften Stabilisierung des sowjetischen Sozialismus, der für die gesamte Menschheit ein - wenn auch nur noch zurückhaltend propagiertes - Vorbild sein sollte,⁷ dauerte kaum vier Jahre - etwa von Anfang 1987 bis Mitte 1990.

Die (beabsichtigte) sozialistische Systemreformation läßt sich in Bezug auf das politische System auch als (beabsichtigter) konstitutioneller Kommunismus bezeichnen, d.h. als Versuch, rechtsstaatliche Elemente in das politische System einzuführen und das Machtmonopol der kommunistischen Partei durch einige Konzessionen an die parteikritischen Kräfte in der Sowjetgesellschaft zu relativieren, in der Hoffnung, es dadurch zu stabilisieren. Die knapp vier Jahre reichten nicht aus, um wirklich das System eines erneuerten, umgestalteten Sozialismus hervorzubringen. So wird es wohl weithin eine Streitfrage im Bereich der ideologischen Bekenntnisse bleiben, ob ein solches System realisierbar und funktionsfähig hätte sein können.⁸ Annäherungen an eine wissenschaftliche Präzisierung und Beantwortung der Frage dürften allerdings möglich sein.

Zu diesem Zweck gilt es zu unterscheiden zwischen Perestrojka als Intention, Perestrojka als Programmatik, Perestrojka als Praxis, Perestrojka als Prozeß und Perestrojka als System eines erneuerten, umgestalteten Sozialismus. Zuvor ist der Wandel der kontroversen, sich von Land zu Land zeitversetzt wandelnden Wahrnehmungen und Beurteilungen der Perestrojka in Betracht zu ziehen.

"Umgestaltung" weniger Veränderungen bewirken als eine "Reform", vgl. Józsa, Gyula: Das Herzstück im Reformpaket Gorbatschows: Die Umgestaltung des Parteiapparats, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Sowjetunion 1988/89. Perestrojka in der Krise?, München 1989, S. 32.

6 M. S. Gorbatschow selbst legte später Wert darauf, daß die Perestrojka nicht erst mit dem April-Plenum des ZK der KPdSU im Jahre 1985 begonnen habe, sondern bereits mit seiner Rede zum Begräbnis K. U. Černomos am 11.3.1985, in: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 261 und 269.

7 M.S. Gorbatschow: Perestrojka i novoe myšlenie dlja našej strany i dlja vsego mira, Moskau 1987, S. 133, 155, 161.

8 Zur Geschichte und Vielfalt westlicher linker und marxistischer Erwartungen in und Hoffnungen auf eine sowjetische Systemreformation siehe van der Linden, Marcel: Von der Oktoberrevolution zur Perestrojka, Frankfurt 1992.

Der rasche Wandel des Bildes von der Perestrojka

Post festum erscheint die Perestrojka-Politik Gorbachevs den einen in deterministischer Zuversicht als "nützliche Idiotie" beim historisch angeblich zwangsläufigen, wenn auch nicht konkret vorhergesagten Übergang von der Diktatur zur Demokratie und von der zentralstaatlichen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft, den anderen hingegen in voluntaristischer Empörung als persönlicher "Verrat" am Sozialismus und als historische "Verbrechen" Gorbachevs, El'cins und ihrer Mitarbeiter.

Seit Anfang 1987 verflüchtigte sich die anfänglich im Westen wie in der Sowjetunion weit verbreitete, skeptische Beurteilung der Politik des neuen Generalsekretärs, der vermeintlich nur alten kommunistischen, totalitären Wein in neuen Schläuchen servierte.⁹

Doch vom Image des bloßen, modernen Propagandisten aus Goebbelsscher Schule (nach Bundeskanzler Helmut Kohls anfänglicher Einschätzung) bis zur Verleihung des Nobelpreises (15.10.1990) und der Ehrenbürgerwürde von Berlin verging nur ein halbes Jahrzehnt.

Ende 1987 bestand kaum noch ein Zweifel daran, daß eine fortgesetzte Perestrojka-Politik, falls sie nicht durch den traditionalistischen "orthodoxen"¹⁰ Flügel abgebrochen werde, das kommunistische System in der Sowjetunion und in ganz Osteuropa erheblich ändern und vielleicht stabilisieren könne. Damals wurde überwiegend erwartet, daß das Ost-West-Verhältnis in eine neue Phase der Entspannung und der systemparallelen Entwicklung eintreten werde. Die Perspektive hieß "Koevolution" oder allenfalls "Wandel (vor allem des kommunistischen Systems) durch Annäherung". Beides beinhaltete die Veränderung, nicht die Überwindung der kommunistischen Parteiherrschaft.¹¹

Doch aus dem Hoffungsvermittler Perestrojka in den Jahren 1987-1990 wurde rasch ein Verfallsymbol, als sich die Wirtschaftskrise für einen großen Teil der Bevölkerung zu einer gesellschaftlichen Katastrophe, zur "Katastrojka"¹² auswuchs. Die offizielle Perestrojka-Politik Gorbachevs diskreditierte sich in der Wahrnehmung weiter Kreise ihrer bisherigen Unterstützer, als er im Herbst 1990 ein Bündnis mit den "Bremsern" im gesellschaftlichen Umgestaltungsprozeß einging, die konsequenten Reformer aus dem Führungszirkel entließ und diejenigen in die Machtpositionen brachte, die im August 1991 den Putsch gegen ihn organisieren sollten.¹³ Die "radikalen Reformer", die schließlich das bestehende System nicht reformieren, sondern abschaffen sollten, ließen schließlich Perestrojka als Etikett einer für inkonsequent und halbherzig gehaltenen Systemveränderung fallen.¹⁴ Dadurch wurde Perestrojka zum eher verächtlich gebrauchten Etikett für eine unzureichende Veränderung des alten "stalinistischen, totalitären Systems".

9 Einige Beispiele für die verbreitete Erwartung, daß sich in der Amtszeit M. S. Gorbachevs nichts Wesentliches ändern werde, präsentiert Hoffer, Frank: Perestroika. Die unfreiwillige Zerstörung des sowjetischen Vergesellschaftungszusammenhangs oder warum das letzte Gefecht verloren ging, Marburg 1992, S. 12-20.

10 In der Regel wurde darunter eine marxistisch-leninistische, also in der Stalin-Ära geprägte Rechtgläubigkeit verstanden, nicht eine Marxsche, marxistische oder Leninsche Orthodoxie.

11 Nur wenige Autoren blieben bei der Vorstellung, daß das kommunistische System starr und völlig reformunfähig sei und im wesentlichen dasselbe bleibe, bis es eines - fernem! - Tages zusammenbrechen werde, vgl. z. B. sehr dezidiert Martin Malia unter dem anspruchsvollen Pseudonym "Z": To the Stalin Mausoleum, in: Daedalus 119, Winter 1990, S. 295-344.

12 Etwa zu übersetzen mit "Hervorrufung einer Katastrophe".

13 Zu den Motiven seines Kurswechsels, den er nachträglich für einen Fehler hielt, siehe Gorbatschow, Michail: Der Zerfall der Sowjetunion, München 1992.

14 Zum Beispiel wird in einer Sammlung von El'cin-Reden (Moskau 1990) zum letzten Mal Perestrojka im positiven Sinne in seiner Rede vor dem XXVIII. Parteitag der KPdSU am 8.7.1990 erwähnt. Nach seinem Austritt aus

Erst im nachhinein, d.h. nach dem Putschversuch im August 1991 oder gar erst nach der Auflösung der Sowjetunion fünf Monate danach, erschien vielen Beobachtern die Perestrojka nur noch als eine wiewohl wichtige Anfangsetappe im Prozeß der "Transformation" des Systems der zentralbürokratischen Planwirtschaft und der kommunistischen Einparteienherrschaft in eine Marktwirtschaft und in eine pluralistische, parlamentarische Demokratie. Perestrojka wurde damit in der neuen Wahrnehmung zu einem bloßen ersten Schritt beim Übergang ("Transition"¹⁵) des einen Systems zum anderen, beim "Systemwechsel".¹⁶

Inzwischen ist zumindest die liberaldemokratische, weniger die marktwirtschaftliche Siegesgewißheit¹⁷ verfliegen oder doch wesentlich gedämpft. Je mehr der postsowjetische Raum durch Nationalitätenkonflikte, Bürger- und Interventionskriege zerrüttet wird und im wirtschaftlichen Niedergang verelendet, je mehr autoritäre Tendenzen die demokratischen Ansätze im Keime zu ersticken drohen, in desto hellerem Licht erscheint nicht nur die "gute alte Zeit" des Abschreckungsfriedens im entspannten Ost-West-Konflikt, sondern auch der poststalinistische Kommunismus unter N. S. Chrusčev und L. I. Brežnev. Damit entsteht wiederum eine neue Sicht auf die Politik und Ära der Perestrojka.

Auf das Propaganda-Image war das Reform-Image, dann das Image der Initialzündung für die liberaldemokratische und marktwirtschaftliche Transformation¹⁸ gefolgt. Nunmehr könnte ein gespaltenes Image entstehen: Perestrojka als Einleitung eines längeren unfreiwilligen, zerstörerischen Prozesses¹⁹ oder Perestrojka als letzte und vergebene Chance einer Stabilisierung des osteuropäischen Raumes durch tiefgreifende Reformen des sozialistischen Systems. Vor allem stellt sich immer wieder die Frage, ob die Perestrojka von Beginn an zum Untergang verurteilt war oder ob ihr Scheitern vermeidbare strategische und Führungsfehler reflektierte.²⁰ Für eine Beantwortung dieser Frage ist es sicher noch zu früh.

Wie bei anderen Wendemarken in der Geschichte - im Falle Rußlands waren es die Reformen von 1861-1866, die Stolypinschen Reformen von 1906-1911 und der sie begleitende (Schein-)Konstitutionalismus oder die achtmonatige Phase der "bürgerlichen", liberal-demokratischen Februar-Revolution von 1917 - ergibt sich das Bild eines historischen Zeitabschnitts weniger aus den Ereignissen selbst als aus ihren Folgen und aus den Funktionen, die ihnen zugemessen werden für die Gestaltung der darauffolgenden Periode und der erhofften oder befürchteten Zukunft. Da die Zukunft noch extrem offen, d.h. für verschiedene Extreme geöffnet scheint, die liberaldemokratische, autoritäre, neototalitäre, aber wohl kaum noch kommunistisch-restaurative Entwicklungen in Aussicht stehen, ist auch das zukünftig vorherrschende Geschichts-

der KPdSU vier Tage danach spricht El'cin nur noch von "Reformen", siehe Jelzin, Boris: Die Alternative. Demokratie statt Diktatur, Bad König 1991, S. 112 f. und S. 123.

15 Glaeßner, Gert-Joachim: Demokratie nach dem Ende des Kommunismus. Regimewechsel, Transition und Demokratisierung im Postkommunismus, Opladen 1994.

16 von Beyme, Klaus: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt a.M. 1994.

17 Gelegentlich wird der Systemwechsel zur Marktwirtschaft jedoch auch zu einem "Jahrhundertprojekt" erklärt, so von Höhmann, Hans-Hermann: Der ökonomische Systemwechsel, in: **Schewardnadse, Eduard/Gurkow, Andrej/Eichwede, Wolfgang: Revolution in Moskau. Der Putsch und das Ende der Sowjetunion.** Rowohlt Verlag, Reinbek 1991, 313 S., hier S. 207.

18 In orthodoxer kommunistischer Sicht war "Perestrojka" schon früh identisch mit "Konterrevolution", wie sie z. B. kurz und knapp von einem Delegierten auf dem Gründungskongreß der Kommunistischen Partei Rußlands im Juni 1990 genannt wurde, siehe Józsa, Gyula: Das Rückgrat des politbürokratischen Systems, in: **Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Sowjetunion 1990/91. Krise, Zerfall, Neuorientierung,** Hanser Verlag, München 1991, 416 S., hier S. 52.

19 So dezidiert Hoffer, Perestrojka, a.a.O. (Anm. 9), S. 33.

20 **Dallin, Alexander/Lapidus, Gail W. (Hrsg.): The Soviet System. From Crisis to Collapse.** Westview Press, Boulder/San Francisco/Oxford, 2., überarb. Aufl. 1995, 723 S., hier S. 6.

bild von der Perestrojka als das Ende eines alten oder als der Beginn eines neuen Schreckens noch unbestimmt.

Unabhängig von einer positiven oder negativen Bewertung des umgestalteten kommunistischen Herrschaftssystems nach den absoluten normativen Maßstäben einer liberalen Demokratie, eines authentischen Sozialismus²¹ oder einer anderen Ordnungsvorstellung wird die Perestrojka immer wieder neu nach dem relativen Maßstab des Vergleichs zu den gesellschaftlichen Zuständen beurteilt werden, die der Perestrojka vorausgingen oder ihr auf Dauer nachfolgen.

Die fünf erwähnten Verständnisse von Perestrojka als Intention, als Programmatik, als Praxis, als Prozeß und als System erfordern jeweils unterschiedliche zeitgeschichtliche Fragestellungen und Forschungsmethoden, von denen einige im folgenden skizzenhaft vorgestellt werden.

Die Programmatik der Perestrojka

Auf den ersten Blick ist eine Analyse der Perestrojka als Programmatik am leichtesten, da die öffentlichen Äußerungen zur Umgestaltung von Anfang an allgemein und leicht zugänglich sind. Es hat allerdings nie ein umfassendes, systematisch durchdachtes Programm der Perestrojka gegeben, weder im formellen Sinne als ein verbindliches Programm der KPdSU oder einer anderen Partei, noch als eine ausgearbeitete Programmschrift eines Politikers oder eines Theoretikers. Die vom XXVII. Parteitag der KPdSU am 5. März 1986 verabschiedete Neufassung des dritten Parteiprogramms der KPdSU trug im wesentlichen noch die Handschrift der Politik L. I. Brežnevs und K. U. Černenkos und war keinesfalls "Das Aktionsprogramm Gorbatschows".²² So kommentierte Boris Meissner bereits damals zutreffend, daß Gorbachevs Weigerung, das Parteiprogramm als viertes zu bezeichnen, Ausdruck seiner Distanz gegenüber dem unter seiner Führung verabschiedeten Programm war: "Wahrscheinlich wollte er sich mit dem Wortlaut der Neufassung, die zu einem großen Teil unter Tschernenko erarbeitet worden war, nicht ganz identifizieren."²³ So war das Parteiprogramm praktisch bereits vom folgenden Tag an bedeutungslos für die politischen und auch programmatischen Auseinandersetzungen. Der Eurokommunist Giancarlo Pajetta bemerkte damals "scharfsinnig und bissig", wie Gorbachev es später qualifizierte, daß die KPdSU gleichzeitig drei Generalsekretäre habe, die drei unterschiedliche Vorstellungen im Parteiprogramm, im Referat des Generalsekretärs bei seiner formellen Beschlußfassung und in der Entschließung des ZK zum Programm von erforderlichen Veränderungen zum Ausdruck gebracht hätten.²⁴

Am nächsten kommt Gorbachevs Buch vom Sommer 1987²⁵ an eine Programmschrift heran. Aber auch dieses konnte nicht zur "Bibel der Perestrojka" werden, da viele seiner Aussagen bereits nach wenigen Monaten überholt waren und vom Autor selbst revidiert wurden.

Statt von einem Parteiprogramm oder von der Programmschrift eines einzelnen muß deshalb von einer Programmatik gesprochen werden, die sich in einer ganzen Folge von Grundsatzreden, auch von Inter-

21 Zu den wenigen Autoren, die einen "Sozialismus" als Nachfolge-System des stalinschen sowjetischen Kommunismus für möglich erklärten, gehörte nach 1993 Daniels, Robert V.: *The End of the Communist Revolution*, London/New York 1993, S. 167-190.

22 So der reißerische Titel der Veröffentlichung des Programms unter der Herausgeberschaft von Boris Meissner (Köln 1987), der der Argumentation des Herausgebers widerspricht.

23 Meissner, Boris: *Das Aktionsprogramm Gorbatschows. Die Neufassung des dritten Parteiprogramms der KPdSU*, Köln 1987, S. 23.

24 Gorbatschow, M. S.: *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 286.

25 *Perestrojka i novoe myšlenie dlja našej strany i dlja vsego mira*, Moskau 1987 (siehe Anm.2).

views M. S. Gorbachevs und seiner engsten Mitstreiter sowie in den Äußerungen mancher seiner Konkurrenten im Politbüro und ZK-Apparat, in sonstigen Parteiformationen sowie in den Staatsorganen artikulierten.²⁶ Frühestens 1987 repräsentieren auch Parteibeschlüsse die ganze Breite der Umgestaltungsprogrammatis, sind nicht mehr ausgehandelte Kompromisse zwischen den Anhängern der alten und der neuen Ordnung. Ihr Zwittercharakter ergibt sich seit dieser Zeit aus dem inhärenten Anspruch der Perestrojka, konservativ und innovativ zugleich sein zu wollen.

Außer der engeren und weiteren Parteiführung wirkten zahlreiche Aufsätze, Bücher, Reden und Interviews von Gorbachevs Sympathisanten in einem breiteren journalistischen,²⁷ wissenschaftlichen²⁸ und künstlerischen²⁹ Umfeld sowie die Entstehung von spontanen Parolen bei Massendemonstrationen und Streiks bei der programmatischen Entwicklung der Perestrojka mit, wobei sich die Autoren bald nicht mehr an die programmatischen Vorgaben Gorbachevs, des Politbüros und des Zentralkomitees hielten. Im Gegenteil, Gorbachev und die Parteiführung begannen irgendwann 1988/89, sich teilweise auch an die in der Öffentlichkeit rasch radikalisierte Perestrojka-"Programmatis" anzupassen. Aus den Umgestalteren wurden selbst auch Umgestaltete.

Die Analyse der Umgestaltungs-Programmatis wird dadurch erschwert, daß es sich ja um die Umgestaltung eines Systems handelte, in dem die Parteiführung das politisch-ideologische Monopol besaß, das auch die Gegner der Perestrojka zwang, einen Kotau vor der offiziellen Perestrojka-Rhetorik zu machen. Das konnten sowohl radikale, orthodoxe Kräfte sein, die an den bestehenden Verhältnissen nichts ändern oder gar zu den Stalinschen Verhältnissen zurückkehren wollten, als auch solche Kräfte, die sich nur aus taktischen Gründen auf die Umgestaltung des Sozialismus beriefen, tatsächlich aber seine Abschaffung betrieben. Unter dem Schlagwort des Umbaus eines Hauses konnte man ja schließlich fast alles verstehen, vom bloßen "Tapetenwechsel"³⁰ bis zum Abriß des Hauses bis auf seine Grundmauern, mit der Absicht, auf ihnen ein fast vollständig neues Haus zu errichten. Insofern drückte die vieldeutige Formel "Umbau" hervorragend das vage und beliebig variierbare Verhältnis von konservativen und innovativen Elementen aus, das die ganze Ära der Perestrojka charakterisierte.

Den Kern der "Umgestaltung" des realsozialistischen Systems trifft man wohl am ehesten, wenn man sich an die Äußerungen der wichtigsten Initiatoren und Protagonisten der Perestrojka selbst hält, also zum einen an Gorbachev und seinen engsten Beraterkreis, bestehend aus Wissenschaftlern, Journalisten und

26 Ein früher Versuch, den systematischen Zusammenhang der Gorbatschowschen Perestrojka-Vorstellungen zu erkunden, stammt von Haug, Wolfgang Fritz: Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken, Hamburg 1989; vgl. auch Zipko, Alexander: Die Philosophie der Perestroika. Die Grundlagen der Reformpolitik Michail Gorbatschows, München 1990.

27 Vgl. die Auswahl von Artikeln und Leserbriefen in: Tarasulo, Isaac J. (Hrsg.): *Perils of Perestroika. Viewpoints from the Soviet Press, 1989-1991*. Scholarly Res. Inc., Wilmington, DE 1992, 355 S.; Riordan, Jim/Bridger, Sue (Hrsg.): *Dear Comrade Editor. Readers' Letters to the Soviet Press under Perestroika*. Indiana UP, Bloomington 1992, 235 S.

28 Hier sind insbesondere einige Soziologen (z.B. Lewada, Juri: *Die Sowjetmenschen 1989-1991. Soziogramm eines Zerfalls*. Argon Verlag, Berlin 1992, 336 S.) und Ökonomen (z.B. Aganbegjan, Abel: *Ökonomie und Perestroika*. Gorbatschows Wirtschaftsstrategien, Hamburg 1989) sowie mehrere Historiker zu nennen, vgl. Davies, Robert W.: *Perestroika und Geschichte. Die Wende in der sowjetischen Historiographie*. dtv, München 1991, 294 S. Es ließen sich aber auch zahllose Beispiele aus dem Bildungswesen, der Jurisprudenz, der bildenden und Filmkunst und den Schriftstellerkreisen nennen.

29 Hielscher, Karla: Der neue Frühling in Literatur und Kunst, in: Mommsen, Margareta/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): *Gorbatschows Revolution von oben. Dynamik und Widerstände im Reformprozeß der UdSSR*, Frankfurt a.M./Berlin 1987, S. 31-51

30 So in der berühmten abschätzigen Bemerkung des SED-Ideologen Kurt Hager Anfang 1987.

Funktionären im Zentralapparat der Partei sowie seiner Ehefrau Raissa M. Gorbacheva³¹ (z.B. A. S. Černajev, G. Ch. Šachnazarov, A. E. Bovin), zum zweiten an seine Mitstreiter im Partei- und Staatsapparat oder in den Repräsentativkörperschaften, die dann manchmal zu seinen Konkurrenten wurden, wie z.B. E. K. Ligačev, B. N. El'cin, N. I. Ryžkov, E. A. Ševardnadze, V. A. Medvedev, A. N. Jakovlev, A. D. Sacharov, und drittens an die große Schar derjenigen, die sich programmatisch und publizistisch besonders energisch für die Perestrojka einsetzten. Für viele andere seien L. I. Abalkin, J. N. Afanasev, A. G. Aganbegjan, Č. T. Ajmatov, O. T. Bogomolov, V. I. Dašičev, E. V. Jakovlev, V. A. Korotič, J. A. Levada, N. J. Petrakov, St. S. Šatalin, T. I. Zaslavskaja genannt. Damit sind nur Persönlichkeiten aus dem Zentrum der Sowjetunion, nicht aus den Unionsrepubliken und der übrigen Peripherie genannt.

Weder nominell, noch inhaltlich beginnt eine umfassende Perestrojka-Politik mit dem Amtsantritt M. S. Gorbachevs. Zu Beginn ist Perestrojka ein eher beiläufiges, traditionell im russischen und sowjetischen Sprachgebrauch übliches Wort unter anderen, das erstrebte Veränderungen und Wandlungen in einigen Lebensbereichen bezeichnen soll. Als programmatische Leitformel diente Gorbachev zunächst "uskorenje", die "Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts".³²

Erst im Sommer und Herbst 1986 und schließlich eindeutig im Januar 1987 verdrängte die "Umgestaltung" die "Beschleunigung" als Leitformel, recht rasch, aber nicht abrupt. Dem schrittweisen Formelwechsel entsprach eine auffällige Veränderung der programmatischen Aussagen, die M. S. Gorbachev und seine engsten Mitarbeiter nach ihren ersten Erfahrungen mit dem strukturellen Widerstand gegen die anfänglichen bescheidenen Maßnahmen der neuen Parteiführung radikalisierten.

Die Beschleunigungsformel stand noch ganz in der Tradition der Partei, Kursänderungen im Namen der "schöpferischen Weiterentwicklung" der marxistisch-leninistischen Politik zu verkünden, was die stillschweigende Verdrängung der vergangenen Politik (allenfalls die offene Kritik an einer "Handvoll" abweichender Politiker) durch eine neue "einstimmige" und die Behauptung ungebrochener Kontinuität und stetigen Fortschritts implizierte. Die Perestrojkaformel ermöglichte erstmals seit den dreißiger Jahren eine tiefgreifende, strukturelle Kritik an den bestehenden Verhältnissen und damit eines großen Teils der Sowjetgeschichte - etwa im Unterschied zur "Personenkult"-Kritik unter Chruščev.

Zur Vorgeschichte der Perestrojka gehören die Reorganisations- und Reformansätze unter J. V. Andropov (Generalsekretär vom November 1982 bis Februar 1984). Aufsehen erregte damals sein programmatischer Aufsatz zum 100. Todestag von Karl Marx.³³ Als Anzeichen für bevorstehende tiefgreifende Veränderungen war die im eher peripheren Wissenschaftsbetrieb entstandene "Novosibirsker Studie"³⁴ von Tatjana I. Zaslavskaja und anderen zu erkennen, der bald eine gründlichere öffentliche Debatte über soziale Interessenswidersprüche und über die Verfestigung von bürokratischen Gruppeninteressen folgen soll-

31 M. S. Gorbachev hebt in seinen Erinnerungen (Anm. 6) immer wieder hervor, daß die Soziologin Raissa M. Gorbacheva wichtige inhaltliche Impulse zur Entwicklung der Perestrojka beigesteuert habe, etwa S. 170, 407 ff.

32 Signalcharakter haben konnte Gorbachevs Fallenlassen der Formel des "entwickelten Sozialismus" bereits bei seinem Amtsantritt, wie er selbst nachträglich hervorhebt (in: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 260). Dies war bereits ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine Aufgabe des marxistisch-leninistischen soziohistorischen Stufenschemas, das unter anderem auch die Überlegenheit des sowjetischen Sozialismus gegenüber dem Sozialismus anderer Länder begründete. Dies wurde aber offenbar weder von der Öffentlichkeit, noch von den Ideologie-Spezialisten bemerkt oder für besonders bemerkenswert gehalten. So auch Jegorow, Vladimir K.: Aus der Sackgasse in die Ungewissheit. Die Perestrojka des Michail Gorbatschow, Berlin 1992, S. 58f.

33 Učenie Karla Marksa i nekotorye voprosy socialističeskogo stroitel'stva SSSR, in: Kommunist (3/1983) S. 9-23 (dt. in: Andropow, Jurij: Reden und Schriften, Köln 1983, S. 362-397).

34 Die Studie von Nowosibirsk, in: Osteuropa 34 (1/1984), S. A 1-25.

ten. Gorbačev selbst rief erstmals mit seiner Rede am 10. Dezember 1984 vor einer "wissenschaftlich-praktischen Unionskonferenz" über ideologische Probleme größeres Aufsehen hervor.³⁵ Die "Pravda" wagte damals nur eine stark verkürzte Veröffentlichung. Diese Rede hatte "alle Merkmale einer politischen Plattform", die nach Robert Kaisers Einschätzung "ziemlich direkte Bezüge zu jedem größeren Aspekt von Gorbačevs künftigem Reformprogramm" enthalten hat.³⁶

In ökonomischer Hinsicht ist der Übergang von einer herkömmlichen bloßen Wirtschaftsreorganisation und -reform etwa im Jahre 1986³⁷ zu einer tiefgreifenden Systemreformation inhaltlich und zeitlich schwerer zu bestimmen als der Übergang von dieser zum Systembruch im Jahre 1990/91. Allerdings gibt es auch hier - wie meist in der gesellschaftsgeschichtlichen Entwicklung - keine einfachen und eindeutigen, systematischen sowie historischen Trennlinien. Als zunächst programmatische und dann auch praktische Grenzüberschreitung zur Perestrojka läßt sich allgemein die einschneidende Beschneidung zentraler Planungskompetenzen und die Ausweitung der dezentralen wirtschaftlichen Entscheidungen bestimmen. Die Grenze zum Systembruch war dann überschritten, als die zentrale Staatliche Planungsbehörde aufgelöst und die Privatisierung von Produktionsmitteln in größerem Maßstab eingeleitet worden war. Als andere wichtige ökonomische Schritte zur Beendigung der Perestrojka und des sozialistisch-etatistischen Wirtschaftssystems können etwa die Beseitigung der zentralen Preis- und Lohnbestimmung und die Trennung der Notenbank von den Geschäftsbanken angesehen werden. Genauere Untersuchungen müßten feststellen, wann die ersten programmatischen Forderungen (zunächst von einzelnen Experten, dann von Partei- oder Staatsinstanzen) auftauchen, wann sie in Gesetze und Verordnungen umgesetzt wurden und wann sie schließlich verwirklicht worden sind.

Etwas leichter scheint die Bestimmung des Übergangs von herkömmlichen Reorganisationen und Reformen zur gründlicheren Systemreformation im politischen Feld. Als Schritte in die Umgestaltung des politischen Systems lassen sich alle Entscheidungen oder Duldungen von wesentlichen politischen, öffentlichen Freiräumen für außer- und innerparteilichen Dissens verstehen, die auf eine Aufhebung des "provisorischen" Verbots von Parteien und Fraktionen im März 1921 hinausliefen. Dazu lassen sich z.B. rechnen die Freilassung der politischen Gefangenen aus den Haftanstalten und Lagern, die Verkündung und Praktizierung einer begrenzten Öffentlichkeit von Kritik an gesellschaftlichen Mißständen ("glasnost") am Verhalten von unteren und mittleren Partei- und Staatsorganen, später auch an der Parteiführung, die schrittweise Aufhebung der Zensur, die Aufstellung von mehreren Kandidaten für ein Wahlamt, die Duldung und schließlich Legalisierung von "informellen" Gruppen, die Duldung von innerparteilichen "Plattformen" und schließlich auch "Fraktionen", die Bildung eines Verfassungsgerichtes und zahlreiche Maßnahmen im Rechtswesen beim Übergang von der "sozialistischen Gesetzlichkeit" zu den Ansätzen einer "Rechtsstaatlichkeit".³⁸ Auch hier vergingen oft mehrere Monate zwischen programmatischen Ankündigungen und praktischer Durchsetzung; manchmal wurde jedoch auch spontan entschieden und schließlich

35 Vgl. Temmen, Horst (Hrsg.): Michail S. Gorbatschow: "Zurück dürften wir nicht!". Programmatische Äußerungen zur Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft, Bremen 1987, S. 9, 16-26; dazu auch M. S. Gorbatschow (Anm. 6), S. 245 f.

36 Kaiser, Robert G.: Why Gorbachev happened, New York/London 1992, S. 76.

37 Žores A. Medvedev schätzte noch nach dem Januar-Plenum 1987 Gorbačev und die neuen Parteiführer eher als bescheidene Systemverbesserer und Garanten von Kontinuität, denn als ausgeprägte und kühne Reformer ein, in: ders.: Gorbachev, New York/London 1987, S. 284.

38 Vgl. Schmid, Karin (Hrsg.): Gesetzgebung als Mittel der Perestrojka. Wunsch und Wirklichkeit, Baden-Baden 1991; Huber, Robert T./Kelley, Donald R. (Hrsg.): Perestroika-Era Politics. The New Legislature and Gorbachevs Political Reforms, New York/London 1991.

ging die gesellschaftliche Entwicklung über die Entscheidungen der Parteiführung hinaus. Die Partei- und Staatsprogrammatische konnte letztendlich den wirklichen Veränderungen nur noch hinterherhecheln.

Der Übergang von der kommunistischen Einparteienherrschaft zum politischen Pluralismus und zu den Ansätzen einer liberalen Demokratie bahnte sich in den Debatten und Fraktionierungen des ersten Volksdeputiertenkongresses im Mai 1989 an, er erhielt zunächst nur deklaratorisch-programmatischen Charakter durch die Änderung der Artikel 6 und 7 über die "führende", d.h. monopolistisch herrschende Rolle der Kommunistischen Partei, nach einem ZK-Beschluß im Februar 1990 und einer entsprechenden Verfassungsänderung im Volksdeputiertenkongreß im Monat darauf; er bekam schließlich praktische Gestalt mit der Verdrängung der Partei aus den Staatsorganen seit Ende 1990, forciert und endgültig dann seit August 1991.

Was den Staatsaufbau angeht, so hinkte hier von Anfang an die Partei- und Staatsführung der Entwicklung hinterher, da jahrzehntelang die Nationalitätenfrage und ganz allgemein die Dezentralisierungs- und Föderalisierungsfrage - im Unterschied zu den langen ökonomischen und den übrigen politischen Debatten - schlicht ignoriert und verdrängt worden war, und zwar auch in der Wissenschaft, ja sogar im Bewußtsein eines großen Teils der westlichen Wissenschaft und Politik. Hier diktierte die Entwicklung in der sowjetischen Peripherie - die nationalen Unruhen in Kasachstan im Dezember 1986, die Eskalation der nationalen Auseinandersetzungen um Bergkarabach im Februar 1988 und schließlich die in Estland im November 1988 beginnende "Parade der (nationalterritorialen) Souveränitäten" - den Initiator der Perestrojka immer mehr die Programmatische.³⁹

Erst im September 1989 thematisierte ein ZK-Plenum die Nationalitätenfrage. Seine Beschlüsse kamen - abgesehen von ihrer inhaltlichen Unzulänglichkeit - "entschieden zu spät", wie Gorbachev später selbst schrieb.⁴⁰ Schon kurze Zeit später ging die Perestrojka der Union in den Auflösungsprozeß des Staates über⁴¹, als mit Litauen im März 1990 die erste Sowjetrepublik ihre Unabhängigkeit deklarierte, ohne sie schon durchsetzen zu können. Erst danach, im Juni 1990, entschied sich Gorbachev für Verhandlungen über eine Umstrukturierung der Union.⁴² Bereits ein Plan zur bescheidenen Dezentralisierung der Macht reichte aus, um den Putsch im August 1991 zu provozieren.

Die Intentionen der Perestrojschtschiki

Die Erforschung der bewußten Absichten - ganz zu schweigen von den unbewußten Motivationen - der sozialen und politischen Trägergruppen der Perestrojka erfordert ganz andere Methoden als die Analyse der Programmatische. Da Absichten direkt überhaupt nicht der Forschung zugänglich sind, können wir uns von ihnen nur ein annäherndes Bild durch Rückschlüsse und gedankliche Kombinationen aus Indizien für die tatsächlichen Absichten konstruieren. Aus der Logik und Konsistenz von öffentlichen Erklärungen und praktischen Verhaltensweisen lassen sich bereits erste plausible Thesen über zugrundeliegende Absichten entwickeln.

39 Siehe im einzelnen Simon, Gerhard und Nadja: *Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums*, München 1993.

40 M. Gorbatschow (Anm. 6), S. 500.

41 Ein Beispiel für westliche Illusionen über den Zusammenhalt der Sowjetunion bis über den August 1991 hinaus ist: Ehrhart, Hans-Georg (Hrsg.): *Die sowjetische Frage. Integration oder Zerfall?* Baden-Baden 1991.

42 Siehe im einzelnen Jahn, Egbert/Maier, Barbara: *Das Scheitern der sowjetischen Unionserneuerung*, in: *Osteuropa* 42 (5/1992), S. 377-395.

Die Veröffentlichung von Memoiren, nachträglichen Befragungen über ehemalige Absichten, Tagebuchaufzeichnungen und Aktennotizen geben weitere Hinweise, wie kritisch sie auch immer unter dem Aspekt ihrer politischen Funktion zum Zeitpunkt der Veröffentlichung zu sehen sind. Dies gilt vor allem bei Memoiren und Befragungen von Personen, die zum Zeitpunkt ihrer "Erinnerungen" noch aktuelle politische Ambitionen haben. Zu manchen Fragen können sicher erst nach Jahren und Jahrzehnten, wenn die Akten und der persönliche Nachlaß⁴³ der Forschung zugänglich sind, wenn außerdem der Kontext der Ereignisse gründlich erforscht ist und wissenschaftliche Biographien die ersten publizistischen Biographien und die Autobiographien revidiert haben, fundierte wissenschaftliche Thesen vorgelegt werden. Deshalb ist der Forschungsstand über die Intentionen der Perestrojtschiki weitaus vorläufiger als der über die öffentliche Programmatik der Perestrojka.

Eine zentrale Frage lautet: inwiefern hatten die Initiatoren und maßgeblichen Träger der Perestrojka eine ausgearbeitete Konzeption beim Amtsantritt M. S. Gorbachevs? Und wann haben sie unter dem Einfluß welcher Erfahrungen ihre Vorstellungen von der notwendigen Umgestaltung präzisiert und modifiziert?

Bei der überragenden Stellung des Generalsekretärs im politischen System der Sowjetunion kommt der Rekonstruktion der Absichten M. S. Gorbachevs und seiner engsten Mitarbeiter⁴⁴ im März 1985 selbstredend eine zentrale Rolle zu. Aber es würde sich auch lohnen, die Absichten seiner späteren prominenten Konkurrenten wie E. K. Ligačev⁴⁵, B. N. El'cin⁴⁶, N. I. Ryžkov⁴⁷ usw. zu erforschen, möglichst auch die der "namenlosen" Funktionäre in den Partei- und Staatsorganen, die die wichtigsten Vorhaben bei der Umgestaltung des politischen und sozioökonomischen System beschlossen, durchführten bzw. vereitelten.

Vorerst lassen sich folgende Hypothesen vertreten. M. S. Gorbachev wurde nicht als Vertreter einer Reformfraktion im Politbüro zum Generalsekretär gewählt und hat sich auch nicht als solcher verstanden. Nach der raschen Folge von drei alten, kranken Generalsekretären hatte Gorbachev einen schlichten Vorteil: er war verhältnismäßig jung, dynamisch, in der Arbeit des Zentralkomitees und Politbüros erfahren und hatte mit allen drei Vorgängern im Amt loyal zusammengearbeitet. In seiner Jugend war er naiver Stalinist. Seine Karriere hatte er als eifriger Parteisekretär in der Brežnev-Zeit mit einer günstigen Mischung aus Eigensinn und Anpassungsfähigkeit gemacht. Für seine Berufung ins Moskauer Machtzentrum als ZK-Sekretär war weniger seine fachliche (juristische und agrarwissenschaftliche) Qualifikation entscheidend, sondern zwei Eigenschaften. Energie, Ehrgeiz, Arbeitsamkeit, intellektuelle Beweglichkeit, Durchsetzungsfähigkeit, eine Mischung aus Eigenständigkeit und Anpassungsfähigkeit, keine erhebliche Abhängigkeit von Alkohol, Korruption etc., das waren die Qualitäten, die ihn in den Augen J. V. Andropovs auffällig machten. Überhaupt stellte Andropov bereits in der Brežnev-Ära und dann in seiner eigenen Amtszeit als Generalsekretär alle entscheidenden personalpolitischen Weichen für die Perestrojka, indem er nicht nur M. S. Gorbachev protegierte, sondern mit dessen Unterstützung auch N. I. Ryžkov, E. K. Ligačev, B. N.

43 Gorbachev behauptet, seine Notizbücher und viele Papiere nach dem Dezember 1991 vernichtet zu haben, da er "ganz unterschiedliche Szenarien für die weitere Entwicklung" nicht ausgeschlossen habe und die "Rücksichtslosigkeit der russischen Behörden" kenne, vgl. Anm. 6, S. 265.

44 Vgl. A. S. Černjaev: Šest' let s Gorbachevym, Moskau 1993; V. A. Medvedev: V komande Gorbacheva: Vzglyad iznutri, Moskau 1994; V. A. Medvedev: Rspad, Moskau 1994; E. A. Ševardnadze: Moj vybor. V zaščitu demokratii i svobody, Moskau 1994.

45 Vgl. E. K. Ligačev: Izbrannye reči i stat'i, Moskau 1989.

46 Vgl. B. N. El'cin: Ispoved' na zadannuju temu, Moskau 1990 (dt.: B. Jelzin: Aufzeichnungen eines Unbequemen, München 1990); Die Alternative. Demokratie statt Diktatur, Bad König 1991; Zapiski prezidenta, Moskau 1994 (dt.: Auf des Messers Schneide. Tagebuch des Präsidenten, Berlin 1994); B. N. El'cin/R. I. Chasbulatov: Edinstvo, kompromiss, bor'ba, Moskau 1994.

47 N. I. Ryžkov, Desjat' let velikich potrjasenij, Moskau 1995; Ja iz partii po imeni "Rossija", Moskau 1995.

El'cin und andere in führende Stellungen hob. Entscheidend war nicht ein besonderes Reformengagement, sondern die erwähnten allgemeinen persönlichen Funktionsqualitäten, die allerdings in Kontrast zu weit-
hin verbreiteten Funktionäreseigenschaften wie intellektuelle Beschränktheit, Unterwürfigkeit, Korruptheit, Schlamperei, Trunkenheit, Starrsinn eine gewisse Disposition für innovatives Verhalten enthielten.

Ausschlaggebend für die Ernennung Gorbachevs zum ZK-Sekretär war allerdings die Einschätzung Breznev's, daß Gorbachev ein loyaler Gefolgsmann Breznev's sein werde in der stets latenten Seilschaftskonkurrenz der Politbüromitglieder und ihres jeweiligen Anhangs untereinander.⁴⁸

So wurde Gorbachev auch nicht als Exponent einer Reformfraktion im Politbüro zum Nachfolger Černenkos gewählt, sondern als dynamischer, tatkräftiger Fortsetzer der Parteitradition, nach der es galt, relativ einvernehmlich Antworten auf die Herausforderungen der Zeit zu finden. Gorbachev's Geschick und Begrenzung lag bis zum Schluß seiner Amtszeit darin, Polarisationen und Konfliktzuspitzungen zu vermeiden. Zu Gorbachev gab es eigentlich 1985 keine ernsthafte personelle Alternative. Der ehrgeizigste Alternativkandidat N. A. Tichonov kam wegen seines hohen Alters (geb. 1905) nach den kurzen Amtsperiode von Andropov und Černenko nicht mehr in Betracht, das persönliche Gewicht von G. V. Romanov wurde im Westen überschätzt⁴⁹ und der wahrscheinlich ernsthafteste Konkurrent V. V. Grišin war persönlich diskreditiert. Die ineffektive Amtszeit Černenkos, in der die alte Garde noch siecher wurde, hat wohl insgesamt dazu beigetragen, daß Gorbachev nicht nur am 11. März 1985 unangefochten⁵⁰ zum neuen Generalsekretär gewählt wurde, sondern daß sich auch die einflußreiche "Generalität" der Partei, d.h. die Sekretäre der Republiks-, Gebiets- und Regionssekretäre für ihn stark machte.⁵¹

Gorbachev selbst hatte damals offenbar nicht in den Kategorien von Reformern und Gegenreformern gedacht, war aber fest entschlossen, in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens weitreichende Änderungen durchzusetzen. Dazu mußten vor allem uneffektive, d.h. senile, korrupte und trunksüchtige Funktionäre ausgeschaltet werden, aber nicht "politische" Gegner im eigentlichen Sinne. Da Gorbachev bereits unter Černenko viele Sitzungen des Politbüros und des ZK-Sekretariats leitete, konnte er sich frühzeitig auf seine neuen Wirkungsmöglichkeiten vorbereiten. Dazu gehörte auch die Versammlung von Sachkompetenz aus den wissenschaftlichen Instituten, aus den Apparaten und aus den Medien um sich, die dann in Arbeitsgruppen die Reformen in vielen Lebensbereichen vorbereiteten.⁵²

Dennoch hatte Gorbachev offenbar bei Amtsantritt weder ein ausgearbeitetes Reformkonzept, noch gar konkrete Aktionspläne. So schrieb er später z.B. zur Außenpolitik: "Schon vor meiner Wahl zum Generalsekretär war mir klargeworden, wie nötig wir einen grundsätzlichen Wandel unserer Außenpolitik brauchten. Ich kann nicht behaupten, daß zu jenem Zeitpunkt bereits ein detailliert ausgearbeiteter Aktionsplan in meiner Aktentasche gesteckt hätte."⁵³

Antialkohol-Kampagne, Disziplinverschärfung in den Ämtern, Verjüngung der Kader dürfen deshalb wohl kaum nur als erste taktische Schritte in subversiver Absicht zur Perestrojka begriffen werden, son-

48 Siehe Gorbachev's eigene Darstellung (Anm. 6), S. 25-37, 180.

49 Siehe z.B. Schmidt-Häuer, Christian: Michail Gorbatschow, 5. Aufl., München 1987, S. 158, 163, 166-169.

50 So nach der Darstellung von M. S. Gorbachev (Anm. 6): "Inzwischen sind allerlei Gerüchte [...] in Umlauf, alle mehr oder weniger des Inhalts, daß es einen regelrechten Streit gegeben habe, daß für den Posten des Generalsekretärs mehrere Kandidaten vorgeschlagen worden und daß das Politbüro in das Plenum gegangen sei, ohne sich geeinigt zu haben. Nichts davon stimmt" (S. 256). Dort auch zur Initiative von Sekretären der Gebietskomitees. Zum Einfluß des "Sekretärskorps" vgl. auch S. 377, 385. Auch B. N. El'cin hob den Einfluß der Gebietssekretäre bei der Wahl Gorbachev's hervor, in: Die Alternative, Bad König 1991, S. 33.

51 Gorbachev (Anm. 6), S. 125f., 141ff., 256.

52 Vgl. M. S. Gorbachev (Anm. 24), S. 21.

53 Ebenda, S. 573.

dem die Absichten der Umgestaltung entwickelten sich überwiegend während der Amtszeit Gorbachevs. Auch einem B. N. El'cin wird man keine weitreichenden Veränderungsabsichten im Jahre 1985 unterstellen dürfen. Selbst die Dissidenten wie A. D. Sacharov wagten nur von bescheidenen Veränderungen zu träumen.

Bei aller flexiblen Anpassungs- oder auch Lernfähigkeit von M. S. Gorbachev und bei aller Berücksichtigung seines taktischen Geschicks wurde zu verschiedenen Zeitpunkten immer wieder die Frage gestellt, ob er eigentlich noch Kommunist oder Sozialist sei. Selbst bezog er sich in der Perestrojka-Ära stets auf den Leninismus, insbesondere auf das Spätwerk Lenins und auf Lenins NEP-Politik, die er nicht als taktischen Rückzug Lenins auf staatskapitalistische Positionen, sondern als Ausdruck eines modernen Sozialismus-Verständnisses deklarierte. Es dürfte fehlgehen, dem belesenen Gorbachev ein fundamentales Mißverständnis Lenins zu unterstellen, so daß es sich bei Gorbachevs "Leninismus"⁵⁴ (er vermied möglichst den in der Stalin-Ära entstandenen Ausdruck "Marxismus-Leninismus") um eine bewußte Revision Leninscher Vorstellungen unter Inanspruchnahme seiner Autorität gehandelt hat. Wie sehr Gorbachev in seiner Amtszeit bei aller Aufweichung und Unbestimmtheit seines oft wolkig beschriebenen Sozialismus-Verständnisses dem kommunistischen Parteiverständnis verhaftet blieb, zeigte sich nach dem August-Putsch 1991, als er nach seiner Rückkehr von Foros zunächst an der Idee eines guten Kerns und einer Erneuerbarkeit der Kommunistischen Partei festhielt. Nach der Auflösung der Sowjetunion hingegen meinte er zu der Frage, ob er Kommunist, Sozialist oder Demokrat sei: "Niemand hat einen speziell ausgearbeiteten Plan zum Sturz des Sozialismus verwirklicht. Wir müssen es direkt sagen: Diese Konzeption, die eine Niederlage erlitten hat - das ist das Modell des Stalinschen Sozialismus. Sie mußte eine Niederlage erleiden, weil sie dem Wesen der sozialistischen Idee widerspricht und sie im Grunde negiert. Gleichzeitig wollen wir aber nicht die kapitalistische Gesellschaft idealisieren." Ferner sagte er: "Und ich stelle mir die Frage: Wie verhalte ich mich jetzt zu Bernsteins Devise 'Das Ziel ist nichts, die Bewegung alles'? Wir haben diese These immer gebrandmarkt. Heute aber denke ich, daß Bernstein recht hat. Der Sozialismus - die lebendige Schöpferkraft, das ist nicht das Endziel, sondern ständiger Zuwachs an Neuem."⁵⁵

Die Praxis der Perestrojka

Ein völlig anderes Bild ergibt sich von der Perestrojka, wenn man ihre Praxis untersucht. Sie wurde weit weniger von den Absichten und Programmatiken der prominenten Perestrojschtschiki bestimmt, als von den Handlungen und Unterlassungen derjenigen, die die Befehle, Direktiven, Gesetze und Empfehlungen der zentralen Partei- und Staatsorgane auszuführen hatten. Die rasche Folge der politischen Veränderungen führten allgemein zur Verunsicherung in den Partei- und Staatsorganen, die schließlich die Partei- und Staatsaktivitäten immer mehr paralyisierten bzw. zu widersprüchlichen Verhaltensweisen auf vielen Ebenen führten, manchmal auch einer und derselben Instanz. Insgesamt scheint das Leben auf dem breiten Land jahrelang nur sehr wenig von der Perestrojka beeinflußt worden zu sein. Nur die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage machte sich allmählich überall bemerkbar. Die sozialen und politischen Strukturen hingegen blieben vielerorts bis in die postkommunistische Zeit weitgehend unverändert. In manchen Gegenden hingegen, vor allem in einigen großen Städten, wurde die Perestrojka-Politik viel nachhaltiger in die Praxis umgesetzt als in Moskau oder Leningrad.

54 Siehe den eingehenden Ideologievergleich von Gorbachevs "Leninismus" mit Leninschen Äußerungen von **Saizew, Sergej: Gorbachevs Leninismus. Aus der Ideologie der "Perestrojka". Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M./Berlin/Bern 1992, 268 S.**

55 Gorbatschow, Michail: Der Zerfall der Sowjetunion, München 1992, S. 204, 206.

Außerdem entwickelte sich die Perestrojka in unterschiedlichen Lebensbereichen mit einer gewissen Eigendynamik relativ unabhängig, im Rechtswesen und Bildungswesen anscheinend langsamer als in den Medien, im Filmwesen rascher als in der Literatur, in der Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen viel radikaler als in der Geschichtswissenschaft, in der militärischen früher als in der inneren Sicherheitspolitik.

Der erste wichtige Schritt zur Perestrojka dürfte in der Proklamierung und Praktizierung der "glasnost" im Sommer 1986 zu sehen sein. Damit begann die Mobilisierung einer später nicht mehr kontrollierbaren Meinungsvielfalt zunächst in den Medien, dann auch in der Gesellschaft und an der Parteibasis. Mit dieser Basismobilisierung sollte das Schicksal der früheren Reorganisationen der Wirtschaft und der Politik⁵⁶ vermieden werden, die an den Beharrungsinteressen der großen Masse der Partei- und Staatsfunktionäre gescheitert waren. Diesem ersten Schritt folgte die Erschütterung der Machtpositionen der alten Kader durch die Aufstellung von Alternativkandidaten für Parteipositionen ohne Rücksicht auf die Nomenklatur-Regeln, die Bindung von Sekretariatsfunktionen an Erfolge bei den Wahlen zu den Sowjets, also den staatlichen Vertretungskörperschaften, die Duldung von informellen Gruppen, dann von politischen Plattformen, schließlich von Fraktionen und Parteien. Erste halbfreie Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten im März 1989 trieben die Umgestaltung des politischen Systems voran. Parallel dazu wurden die Kompetenzen der zentralen Planungsbehörde und der Ministerien schrittweise abgebaut, die Autonomie der Betriebsleitungen gestärkt. Immer mehr gesellschaftliche Bereiche, die Parteiideologie, das Rechts- und Bildungswesen, das publizistische, künstlerische und wissenschaftliche Geschichtsbild, die Außenpolitik, schließlich gar die Streitkräfte und der KGB, wurden einem permanenten Veränderungsdruck von der Parteiführung und gleichzeitig aus der Gesellschaft heraus ausgesetzt.

Die Perestrojka geriet in eine neue Phase, als die Nationalitätenkonflikte (beginnend in Bergkarabach schon im Jahre 1986) eskalierten und in eine Parade der Souveränitäten (seit Dezember 1988) mündeten. Damit wurden die Perestrojtschiki mit einer völlig unerwarteten Aufgabe konfrontiert, der Umgestaltung des Staatsaufbaus. Vor allem an dieser Frage sollte das Experiment des "umgestalteten Sozialismus in der UdSSR" scheitern.

Perestrojka als Prozeß

Die Analyse der Perestrojka schließt die Praxis der Umgestalter in den Gegenstand der Untersuchung ein, ergänzt ihn jedoch um die Handlungen und Unterlassungen derjenigen, die der Umgestaltung Widerstand entgegengesetzten, außerdem derjenigen, die von der Umgestaltung des Sozialismus zur Abschaffung des Sozialismus und zur Auflösung der Sowjetunion übergingen.

Die wichtigste Form des Widerstands gegen die Perestrojka war zweifellos die schlichte Mißachtung der zahlreichen Gesetze und Verordnungen zur Umgestaltung, sei es aus allgemeiner Trägheit und Gewöhnung an die alten Verhaltensregeln, sei es aus der Verfolgung unmittelbarer persönlicher Interessen, oder sei es auch aus politischer Absicht. Auf der politischen Ebene lassen sich drei Prozesse des Widerstands gegen die Perestrojka bzw. gegen die weiterreichenden Umgestaltungspläne eines M. S. Gorbachev (im Unterschied zu den bescheidenen Umgestaltungsplänen eines E. K. Ligečev) unterscheiden.

56 Siehe hierzu Klaus Segbers, der vier bedeutsamere Wirtschaftsreformen zwischen 1957 und 1979 hervorhebt, in: ders.: *Der sowjetische Systemwandel*, Frankfurt a.M. 1989, S. 18-88. Vgl. ferner **Schwegler-Rohmeis, Wolfgang/Segbers, Klaus (Hrsg.): Perestrojka passé? Eine Zwischenbilanz der Reformpolitik in der Sowjetunion. Verlag Leske + Budrich, Opladen 1992, 218 S.**

Die wichtigste Ebene des Widerstands war zuerst das Politbüro und der ZK-Apparat, dann aber vor allem das "Sekretärskorps" der Parteisekretäre der territorialen Einheiten der Sowjetunion, das sich allmählich durch Gorbachevs Politik gefährdet sah. Das Zentralkomitee selbst war offenbar kein relevantes Forum der politischen Willensbildung und Auseinandersetzungen - im Kontrast zu manchen früheren politologischen Einschätzungen des politischen Systems der Sowjetunion. Nach einer gewissen Machtverlagerung auf den Kongreß der Volksdeputierten und den neuen Obersten Sowjet im Sommer 1989 erhielt der Widerstand gegen die Perestrojka auch organisierten, fraktionellen Ausdruck in den beiden Vertretungskörperschaften, am massivsten in der Deputiertengruppe "Sojuz", die im Februar 1990 gebildet wurde.

Die zweite Ebene des Widerstands waren Versuche der Massenmobilisierung in Form von Demonstrationen, Streiks und der Aktivitäten von alten oder neuen gesellschaftlichen Organisationen wie z.B. den "Interfronten". Auch die Gründung der Kommunistischen Partei Rußlands im Juni 1990 war im Grunde gegen die Perestrojka gerichtet, obwohl sie formal die Konsequenz der Föderalisierung der KPdSU war.

Die größte Schwäche der Perestrojka-Gegner dürfte ihre innere Zerrissenheit und die Gegensätze untereinander gewesen sein, obwohl sie in den staatlichen Gewaltorganen ebenso wie in den politischen Machtorganen stark vertreten waren. Schließlich fehlte der systemkonservativen Opposition gegen die Perestrojka eine energische Führungsfigur mit den erforderlichen intellektuellen, rhetorischen und organisatorischen Fähigkeiten, die die Chance besaß, zumindest in einer großen gesellschaftlichen Minderheit populär zu werden. Gegen irgendwelche Veränderungen des alten Systems waren wohl nur wenige; aber über das Ausmaß der akzeptablen Veränderungen bestand unter den Gegnern des offiziellen Perestrojka-Kurses keine Einigkeit. Schließlich wirkte das lange Zeit noch wirksame zwangsweise und vor allem auch verinnerlichte Fraktionsverbot einer Organisation des entschlossenen Widerstands gegen die Parteiführung entgegen. Kurs- und Machtwechsel waren in der Geschichte aller kommunistischen Parteien stets aus den Kreisen der Politbüromitglieder bewirkt worden. Ein Sturz des Generalsekretärs auf Initiative von einfachen ZK-Mitgliedern, GebietsparteiSekretären oder von Kommandeuren der bewaffneten Organe war anscheinend im Ethos gerade des systemkonservativen Parteiverständnisses so gut wie ausgeschlossen, abgesehen von den Risiken eines fraktionellen Organisationsversuches zum Sturz der Parteiführung. Einmal aus der Parteiführung ausgeschlossene Funktionäre hatten praktisch keine politischen Betätigungsmöglichkeiten innerhalb der Partei mehr.⁵⁷ Außerdem waren die bekannten systemkonservativen Politbüromitglieder meist so alt, daß sie auch physisch nicht mehr in der Lage waren, eine effektive Perestrojka-Opposition innerhalb der Partei zu organisieren.

Die dritte Ebene des Widerstands gegen die Perestrojka waren die Versuche, mit putschistischer Gewalt dem "Spuk der Perestrojka" ein Ende zu bereiten. Der einzige öffentlich gewordene, weil in die Praxis umgesetzte Putschversuch vom August 1991 scheiterte bekanntlich und leitete das Verbot der Kommunistischen Parteien in der RSFSR Rußland, in anderen Sowjetrepubliken sowie in den baltischen Staaten ein. Er beschleunigte außerdem den Auflösungsprozeß der Sowjetunion.

Auf der anderen Seite der Perestrojka-Front entwickelte sich die Gegnerschaft gegen einen wie auch immer umgestalteten Sozialismus vor allem in der sowjetischen Peripherie. Die Gruppierung der offenen Antikommunisten war stets klein. Sie konnten allenfalls politisch-moralische Anstöße für die Radikali-

57 Diese Tradition dürfte eine entscheidende Motivation für Boris N. El'cin gewesen sein, nach seiner parteipolitischen Degradierung zu den "Demokraten" überzulaufen und seine persönliche Chance in einer radikalen Perestrojka-Kritik zu suchen. Im Februar 1991, nach den blutigen Ereignissen im Baltikum, forderte er den Rücktritt Gorbachevs vom Präsidentenamt u.a. mit den Worten: "Es wurde vollkommen offensichtlich, daß Gorbachev zwar an dem Wort Perestrojka festhält, im wesentlichen aber das System gar nicht von Grund auf umgestalten, sondern es erhalten will." In: Zapiski prezidenta, Moskau 1994, S. 38.

sierung der Parteikritik geben, erlangten jedoch selten (im Unterschied zu einem Walesa in Polen oder einem Havel in der Tschechoslowakei) führende Funktionen in der Systemopposition.

Unerforscht ist bisher, inwieweit eine "entristische" Taktik bei solchen Personen eine Rolle spielte, die sich zunächst öffentlich für die Perestrojka engagierten, aber von vorneherein die Absicht hatten, die Umgestaltung des Sozialismus zu seiner Abschaffung zu nutzen. Das Scheitern der Perestrojka begünstigt natürlich zahlreiche biographische "Taktik-Legenden" unter denjenigen, die sich schlicht schrittweise an die Radikalisierung des Umgestaltungsprozesses anpaßten. Mag mancher den Gesinnungswandel der Legionen von Wendehälsen auch oft als "opportunistisch" qualifizieren, entscheidend ist, daß es in Umbruchsperioden immer auch tatsächliche Lernprozesse gibt, weil den Beteiligten schrittweise die Augen über die Funktionsdefizite, im sowjetischen Falle insbesondere auch das Ausmaß der früheren Verbrechen und der Korruption, aufgehen.

Der Aufstieg und Niedergang der Perestrojka ist also nicht nur ein Prozeß des Machtwechsels zwischen Systemkonservativen, Umgestaltern und Antisozialisten (Demokraten sowie Autoritären), sondern vor allem ein Prozeß des systempolitischen Umdenkens in breiten Schichten der politisch denkenden Bevölkerung und des Umschwenkens der Sympathien in der unpolitischen Bevölkerung.

So gesehen dürfte die Perestrojka die stärkste Unterstützung in den politischen Eliten wie in der Bevölkerung in den wenigen Monaten von der Eröffnung des Volkseputiertenkongresses im Mai 1989 bis zur Rechtswende Gorbatschows im September/Oktober 1990 gehabt haben, und zwar in Rußland. Damals war der Höhepunkt des Perestrojka-Bewußtseins in den baltischen sowie in den transkaukasischen Republiken schon längst überschritten.

Wahrscheinlich war die größte Schwäche der Moskauer Perestrojschtschiki, daß sie die Brisanz der Nationalitätenproblematik lange Zeit überhaupt nicht sahen und auch später nur sehr unzulänglich begriffen. Für die Nichtrussen außerhalb, teilweise auch innerhalb Rußlands verband sich die Idee der Umgestaltung des Sozialismus sehr früh, in vielen Fällen von Anfang an mit der Idee, die Russifizierung der Sowjetunion zu revidieren und eine "Wiedergeburt" der ethnisch-nationalen Kulturen einzuleiten. Leider hat die Fixierung der Perestrojka-Forschung auf Moskau und auf Gorbatschov und der Erforschung der nationalen Bestrebungen und Bewegungen auf die Unabhängigkeitsfrage den Blick auf die Frage verstellt, wann und wo die Perestrojka-Politik außerhalb der RSFSR auf eine authentische Föderalisierung der Sowjetunion ausgerichtet war. Alles in allem dürfte diese Phase in den meisten Republiken und Nationalbewegungen sehr kurz gewesen sein. Sie war offenbar mit einer kurzzeitigen Renaissance austromarxistischer Theorieelemente in der Nationalitätenpolitik verknüpft.

Entscheidend für das Schicksal der Perestrojka und damit auch der Sowjetunion dürfte die Ungleichzeitigkeit der tatsächlichen Umgestaltungsprozesse gewesen sein. Während die einen schon mit dem Gedanken der völligen staatlichen Unabhängigkeit spielten, hielten die anderen noch an bescheideneren Vorstellungen wie der Erweiterung ihrer Sprachenrechte fest. Während bei den einen Nationen die kommunistische Partei mehrheitlich zu radikalen Reformzielen in der Wirtschaft und zur Akzeptanz eines Mehrparteiensystems übergingen, blieben bei den anderen die kommunistischen Parteiorgane Bollwerke der Systemkonservativen. Zur Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen kam die wachsende Heterogenität der Zielsetzungen hinzu. So konnten zwar vielfältige Kontakte zwischen den nationalen Bewegungen zur wechselweisen Stärkung ihrer Bestrebungen und zur gemeinsamen Abwehr gegen das Moskauer Zentrum entstehen, aber keine Übereinstimmung in den gesellschafts- und unionspolitischen Zielsetzungen. Das Für und Wider dieser oder jener Perestrojka-Politik wurde immer mehr zu einem autistischen Machtspiel der Moskauer politischen und intellektuellen Eliten, das immer weniger Bedeutung für die tatsächlichen Umgestaltungsprozesse in den anderen Unionsrepubliken und in der Provinz Rußlands besaß.

So gab es anscheinend niemals auch nur den Ansatz einer Allunionspolitik zur Rekonstruktion der Union nach den Vorstellungen der vereinten gemäßigten kommunistischen oder demokratischen Nationalisten aller Republiken und Völker. Zu keinem Zeitpunkt entstand irgendeine nennenswerte Initiative für eine nichtkommunistische Allunionspartei, weder für eine demokratische, noch für eine autoritäre. Die Idee einer "demokratischen, marktwirtschaftlichen Sowjetunion" und einer "sowjetischen zivilen Gesellschaft"⁵⁸ war eine Kaffeehausidee westlicher Liberaler mit unzureichenden Kenntnissen über die sowjetische Wirklichkeit, die allenfalls von ganz wenigen östlichen Intellektuellen geteilt wurde. Für jeden, der die Perestrojka scheitern sah, mußte klar werden, daß Demokratisierung der Sowjetunion identisch war mit Auflösung der Sowjetunion. Es gab keine andere Kraft als die orthodoxe kommunistische Partei, die die Völker und Republiken zusammenhalten konnte. Auch die Armee und der KGB hatten nur als kommunistische bewaffnete Organe eine Chance, gewaltsam die Staatseinheit aufrecht zu erhalten. Eine demokratische Unionsarmee und Unionspolizei waren völlig irrealer Gedankenkonstrukte.

Das System des umgestalteten Sozialismus

Es fällt schwer, von einem Perestrojka-System zu sprechen. Wenn man unter einem System ein über längere Zeit stabiles Gefüge von Institutionen und Verhaltensweisen versteht, dann hat es allenfalls in Ansätzen ein System des umgestalteten Sozialismus gegeben. Zum einen gab es niemals - selbst unter den Perestrojtschiki nicht - ein konsensuales Konzept des umgestalteten Sozialismus für die Zukunft. Zum anderen konnten sich die bereits in der Umgestaltung befindlichen Strukturen des Sozialismus über keine längere Frist hin konsolidieren.

Dennoch spricht einiges für einen Begriff des umgestalteten sozialistischen Systems, sowohl was die gesellschaftlichen Verhältnisse während einiger Monate und Jahre angeht, als auch was die Grundkomponenten einer Konzeption des umgestalteten Sozialismus für die erwartete Zukunft betrifft.

Die geschichtliche Phase zwischen dem alten System der Planwirtschaft und der Einparteienherrschaft und der noch nicht näher bestimmbar postkommunistischen Ordnung war kein Zustand des Chaos, sondern einer spezifischen Ordnung, die sich von der vorausgehenden wie von der nachfolgenden unterscheidet.

Das nicht scharf umrissene System des umgestalteten Sozialismus erinnert in mancher Hinsicht an die konstitutionelle Monarchie. Auch diese war nicht das Resultat einer politischen Theorie, eines politischen Programms und einer staatsrechtlichen Konzeption, sondern ein historisch entstandener, ständig veränderter Kompromiß zwischen den Konzepten der Volkssouveränität und der Fürstensouveränität.

Sucht man nach Konstanten und Grundkomponenten der Perestrojka als System, so läßt sich der "umgestaltete Sozialismus" am ehesten als "konstitutioneller Kommunismus" bezeichnen. Er fußte auf der kommunistischen Einparteienherrschaft, insofern die Perestrojka-Politik fast bis zum Ende am politischen

58 Das Fehlverständnis wurde oft schon dadurch bedingt, daß das Wort "sowjetisch" im westlichen Sprachgebrauch zu einem politisch-geographischen reduziert worden war; im russischen Sprachgebrauch konnte es seine rätekommunistische Bedeutung nie abstreifen. Für viele Nichtrussen blieb die Sowjetunion eine kommunistische Union und verlor ihre Legitimität mit dem Verlust der kommunistischen Macht. Die von Gorbatschow spät und danach nochmals von Nursultan A. Nazarbaev propagierte europäisch-asiatische "Union souveräner Republiken" (SSR) fand nie Resonanz unter den Nichtkommunisten der meisten nichtrussischen Völker. Nur die kleineren Völker, die nationalen Minderheiten und die Personen ohne eindeutiges ethnisches Nationalbewußtsein, die den staatstragenden Nationalismus der Unionsrepubliken fürchten mußten, konnten neben vielen Russen ein wirkliches Interesse an einer solchen nichtkommunistischen Union haben.

Machtmonopol der Kommunistischen Partei, auch wenn es eingeschränkt wurde, festhielt. Das Ende dieser Herrschaft deutete sich erst an, als das Führungsmonopol der Partei aus der Verfassung gestrichen wurde. In der Sowjetunion geschah das nach einem entsprechenden ZK-Beschluß im Februar durch eine Verfassungsänderung des Volksdeputiertenkongresses im März 1991. Da aber das Herrschaftsmonopol der Partei im größten Teil der Sowjetgeschichte gar keiner verfassungsrechtlichen Verankerung bedurfte, konnten Teile der Partei diesen Akt als gar nicht so gravierend empfinden, da man ihn auch als einen bloß propagandistischen Rückzug verstehen konnte. Das tatsächliche Herrschaftsmonopol begann erst angetastet zu werden, als massiv die "Entpolitisierung" bzw. die "Entparteilichung" (*departizacija*) der Staatsorgane, insbesondere der Armee und der Polizei, in Angriff genommen wurde. Dies geschah in Rußland erst ab Ende 1990,⁵⁹ in einigen Republiken etwas früher. Kurze Zeit danach bot der gescheiterte August-Putsch die Gelegenheit, die bereits weitgehend entmachtete und politisch-moralisch gelähmte Partei⁶⁰ zu verbieten.

Gegenüber dem alten partokratischen System der Brežnev-Ära, aber auch gegenüber den Herrschaftsreorganisationen der Chruščev-Ära grenzte sich der Perestrojka-Kommunismus durch eine eingeschränkte Machtstellung ab. Genaugenommen ging es nicht mehr um ein totales Machtmonopol, sondern nur noch um ein Partei- und Regierungsmonopol, das einer pluralistischen öffentlichen Meinung ausgesetzt, also insofern im parteiinternen Willensbildungsprozeß nicht mehr so unabhängig war wie früher.

Konstitutionelle kommunistische Einparteiherrschaft ließ konkurrierende Kandidaten zu einem Partei- oder Staatsamt zu, aber nicht mit konkurrierenden politischen Programmen. Auch politische "Plattformen" waren noch systemimmanent möglich. Mit der Bildung von organisierten Fraktionen, die bei einem Verbot des Mehrparteiensystems leicht zu einem faktischen sozialistischen Mehrparteiensystem geführt hätten, war offenbar fast die Grenze des Systems der Einparteiherrschaft erreicht.

In der Tat ist schließlich auch in den politischen Erwägungen innerhalb des Beraterkreises von Gorbachev der Gedanke eines sozialistischen Mehrparteiensystems aufgetaucht, das bereits zu früheren Zeiten in den Schriften vieler sozialistischer Theoretiker thematisiert worden war. In seiner idealistischen Gestalt ruhte der Gedanke auf der Annahme, die große Mehrheit der Bevölkerung habe das sozialistische, planwirtschaftliche System grundsätzlich akzeptiert. Danach hätte man in freien Wahlen z.B. mindestens eine orthodoxe kommunistische Partei und eine Perestrojka-Partei konkurrieren lassen können⁶¹ - im Vertrauen darauf, daß nur verschwindende Minderheiten liberal-demokratische oder andere kapitalistische Parteien wählen würden, so wie in stabilen westlichen Demokratien nur Minderheiten sich für monarchistische oder

59 Siehe im einzelnen Jósza, Gyula: Das Rückgrat des politbürokratischen Systems: Der Parteiapparat - funktionsgestört, aber nicht gebrochen, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Sowjetunion 1990/91. Krise, Zerfall, Neuorientierung, München 1991, S. 54f.

60 Weder formell noch faktisch putschte die KPdSU, sondern die kommunistischen Chiefs der wichtigsten Staatsorgane gegen den kommunistischen Staatspräsidenten. Sie wollten auch nicht die Perestrojka rückgängig machen, sondern nur einschränken. (Vgl. die Ankündigungen der Putschisten in: Ruge, Gerd: Der Putsch. Vier Tage, die die Welt veränderten, Frankfurt a.M. 1991, S. 48-50). Das Ziel der Putschisten war vor allem die Erhaltung der Staatseinheit. Wären sie erfolgreich gewesen und hätten sie dann gar Gorbachev zur weiteren Wahrnehmung der Funktion des Staatspräsidenten überreden können, dann hätten sie vermutlich eine gemäßigte Perestrojka-Politik durchgeführt. Eine Restauration des alten ökonomischen Systems und des Herrschaftsmonopols der Partei wäre recht unwahrscheinlich gewesen.

61 Auf diese theoretische Erwägung angesprochen, erklärte V. V. Zagladin im September 1995, daß Gorbachev und sein engster Beraterkreis diese Option bereits recht früh verwirklichen wollten, aber am Widerstand der regionalen Ersten Parteisekretäre gescheitert seien; auch der Kaderaustausch und die Verjüngung des Sekretärskorps habe keinen Einstellungswandel in diesem wichtigen Kreis der weiteren Parteiführung zum Einparteiensystem hervorgebracht.

diktatorische Parteien engagieren. In einer realistischeren Variante konnte ein sozialistisches Zwei- oder Mehrparteiensystem auch in der Weise gedacht werden, daß Parteien, die die kapitalistische Marktwirtschaft und die liberale Demokratie einführen wollten, als verfassungsfeindlich verboten bleiben sollten.

In ökonomischer Hinsicht war eine Konstante der Perestrojka die Vorherrschaft des volkswirtschaftlichen Gesamtplans und der entsprechenden Planbehörden und Ministerien. Trotz aller Betonung marktwirtschaftlicher Reformen blieb die Beschränkung der Reformen, auch ideologisch offen als "sozialistische Marktwirtschaft" deklariert, am Schluß nur noch verschämt als "regulierte Marktwirtschaft". Der Ideologie entsprach die Praxis, auch noch im November 1989 einen Volkswirtschaftsplan für 1990 zu verabschieden und noch im Dezember 1989 einen Fünfjahresplan für die Jahre 1991-1996 zu beraten. Erst im Herbst 1990 wurde die Behörde Gosplan aufgelöst.⁶² In ökonomischer Hinsicht ist das Ende des Perestrojka-Systems eindeutiger als der Beginn. Hier sind die ökonomischen Fachleute gefordert, eine genauere Bestimmung zwischen alten, an der Marktwirtschaft orientierten Reorganisationen der Planwirtschaft und den spezifisch neuen Komponenten der marktwirtschaftlichen Reformen in der Perestrojka-Ära zu unterscheiden. Möglicherweise besteht hier jedoch gar keine faßbare Grenzüberschreitung in der Entwicklung des Planwirtschaftssystems. Einen solchen ökonomischen Systemunterschied zwischen der orthodoxen Planwirtschaft und einem marktwirtschaftlichen Perestrojka-Sozialismus braucht man auch nicht zu suchen, wenn man das kommunistische System vor allem als ein politisches, partokratisches System begreift. Ein Vergleich mit der jüngeren chinesischen Geschichte dürfte näheren Aufschluß darüber geben, wie variabel die "ökonomische Basis" unter einem "politischen Überbau" der kommunistischen Einparteiherrschaft⁶³ tatsächlich ist.

Trotz allen fließenden Charakters der Strukturen und der Schwierigkeiten einer theoretisch einvernehmlichen Bestimmung und empirisch eindeutig verortbaren politischen und sozioökonomischen Übergänge von der "uskorenien" im alten System zum Perestrojka-Sozialismus und von diesem dann zum (ebenfalls noch nicht klar begreifbaren, weil real noch nicht ausgeformten) postkommunistischen politischen und sozioökonomischen System scheint es doch vertretbar, von einem eigenständigen System des "umgestalteten Sozialismus" bzw. des "konstitutionellen Kommunismus"⁶⁴ zu sprechen.

62 Die entsprechenden Hinweise verdanke ich Bernd Knabe vom BIOst.

63 Einige Autoren, die das politische Herrschaftssystem für das entscheidende Kennzeichen für das sozialistische Phänomen in der neueren Geschichte halten, kehren die marxistische Denkweise um und sprechen von der "politischen (oder auch von der ideologischen) Basis", auf der die Ökonomie und die Gesellschaft gründe, siehe z.B. "Z" (Malia, Anm. 11), S. 298, 300.

64 Der Name "umgestalteter Sozialismus" hebt mehr auf die sozioökonomische Ordnung ab, während der Name "konstitutioneller Kommunismus" mehr auf die politisch-rechtliche Ordnung verweist.